

# Der Friedensnobelpreisträger und sein Spiel mit dem Feuer.

## **Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde zu den aktuellen Ereignissen um und in Syrien.**

Die US-Administration ist auf Kriegskurs. Es ist ein Widersinn der Geschichte, dass ihr Präsident Barack Obama als Friedensnobelpreisträger den ernstesten Konflikt, wie er sich heute in und um Syrien entwickelt hat, mit einem Militärschlag lösen will - mit unabsehbaren Folgen für die Region des Nahen Ostens und die Welt.

Der Anlass ist, dass nach zwei Jahren verdeckter Aggression, die sich zu einem regelrechten Krieg gegen den souveränen Staat Syrien ausgeweitet hat, Chemiewaffen zum Einsatz gekommen sind. Von welcher Seite der Konfliktparteien ist noch ungeklärt, umso größer die Hysterie der westlichen Politik und der Leitmedien, die diesen Akt einzig und allein der syrischen Armee zuschreiben. Die entsprechende Indoktrinierung der Öffentlichkeit hatte schon lange vorher begonnen.

Als Menschenrechtsorganisation verurteilen wir die Anwendung von Chemiewaffen – von welcher Seite auch immer – als gegen Menschlichkeit und völkerrechtliche Normen gerichtetes Verbrechen. Das ist genau und komplex aufzuklären und vor dem internationalen Strafgerichtshof zu verhandeln.

### **Wir fragen:**

Wer oder was gibt den westlichen Staaten, allen voran den USA, das Recht, in dieser Situation als Ermittler, Ankläger; Richter und Scharfrichter in einer Person aufzutreten?

Wer gibt insbesondere den USA, die das Völkerrecht und die Menschenrechte durch ihre Kriege, durch Drohneneinsätze, durch Folter in ihren Gefängnissen, durch Bespitzelung und Überwachung in gröbster Weise verletzen, dieses Recht?

Wer gibt ihnen das Recht, den Bemühungen der UNO und ihrer Inspektoren vor Ort mit unerhörter Ignoranz zu begegnen?

Wollen diese Staaten mit militärischen Drohkulissen und militärischen Strafexpeditionen das Faustrecht an die Stelle des Völkerrechts setzen?

Wer eine solche Praxis in den internationalen Beziehungen, bei der Lösung von Konflikten verfolgt, spielt mit dem Feuer einer globalen Katastrophe, in der weder Völkerrecht noch Menschenrechte geachtet werden.

### **Wir stellen fest:**

Die von den USA u. a. geplante Anwendung militärischer Gewalt folgt einem Szenario, das der Welt aus den Kriegen der westlichen Wertegemeinschaft gegen Jugoslawien, gegen den Irak und Libyen noch gut bekannt ist - mit verheerenden Folgen für diese Länder, die bis heute fortauern.

Der Konflikt in und um Syrien wurde von den Staaten, die heute Militärschläge gegen eine souveräne, von der Mehrheit des syrischen Volkes unterstützte Regierung planen und durchführen wollen, von Anfang an als bewaffnete Auseinandersetzung geschürt, finanziert und politisch unterstützt. Die Strategie war und ist, mit allen Mitteln die Regierung von Präsident Assad zu stürzen. Die Konzentration terroristischer Banden aus aller Herren Länder wurde dafür billigend in Kauf genommen.

Alle Versuche, diesen Konflikt im Interesse der Menschen in Syrien entsprechend völkerrechtlicher Normen mit politisch-diplomatischen Mitteln, auf dem Weg von Verhandlungen der Konfliktparteien und ohne ausländische militärische Einmischung zu lösen, wurden von diesen Staaten und ihren Schützlingen in der syrischen Opposition immer wieder torpediert.

Und sie tragen heute mit ihren reaktionären arabischen Vasallen die Verantwortung für die Radikalisierung der Situation.

Die Regierung der BRD hat in diesem Prozess eine unrühmliche Rolle gespielt. Sie hat ihre Möglichkeiten, zur politisch-diplomatischen Lösung beizutragen, nicht wahrgenommen. Im Gegenteil - sie hat die Politik der politischen Isolierung der syrischen Regierung, der harten Sanktionen gegen das Land und der politischen Unterstützung der im Ausland agierenden syrischen Opposition konsequent mitgetragen; sie hat die berüchtigten „Patriot Raketen“ in die Türkei geschickt und im Mittelmeer ein Spionageschiff stationiert, das der bewaffneten Opposition logistische Hilfe leistet. Im politischen Diskurs der BRD Regierung werden nun offener und direkter „Konsequenzen“ verlangt, was auch die Unterstützung eines Militärschlages implizieren könnte..

**Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenrecht fordert angesichts der ungeheuren Gefahr für den Frieden:**

- Den sofortigen Stopp aller Vorbereitung eines Militärschlages gegen die Syrische Arabische Republik
- Die zügige und komplexe Aufklärung aller Umstände des vermeintlichen Giftgaseinsatzes im syrischen Bürgerkrieg und die Analyse der Ergebnisse in den zuständigen Gremien der UNO.
- Die aktive Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz Genf II durch die Bundesregierung verbunden mit dem Rückzug aller Kräfte der Bundeswehr aus der Region.

Frieden und die Gewährung der Menschenrechte gelten als unveräußerlich auch für das syrische Volk. Es ist zynisch, wenn mit militärischen Strafaktionen den schon mehr als 100 000 Opfern des Krieges in Syrien weitere Opfer hinzugefügt werden. Dieses geschundene Land braucht Frieden in souveräner Selbstbestimmung und humanitäre Hilfe bei der Überwindung der Wunden des Krieges.

Berlin, September 2013